

## **Anforderungen an das Programm der Partei DIE LINKE aus frauen- und gleichstellungspolitischer Sicht**

In den Programmatischen Eckpunkten, die Grundlage der Partei DIE LINKE und Ausgangspunkt für das neue Programm sind, wird DIE LINKE als eine Partei mit einem feministischen Anspruch definiert. Frauen- und Gleichstellungspolitische Analysen und Forderungen werden sowohl in einigen Politikfeldern integriert als auch als eigenständiger Bereich behandelt. Die Programmatischen Eckpunkte stellen in mancher Hinsicht eine deutliche gleichstellungspolitische Verbesserung gegenüber den Programmen der beiden Quellparteien dar. Diese Errungenschaft wollen wir mindestens halten. Vor dem Hintergrund, dass vom Frauenplenum weitergehende Forderungen formuliert wurden und auch bei der letzten Frauenwerkstatt in Esslingen die Notwendigkeit eines Programms gesehen wurde, das einen sozialistischen und feministischen Anspruch erhebt, möchten wir an einigen Stellen über das in den Programmatischen Eckpunkten formulierte hinausgehen. Wir tun dies aus der Überzeugung heraus, dass feministische Inhalte in einer modernen linken Partei prominent platziert werden müssen und auch in Kenntnis der Tatsache, dass das Programm der Partei DIE LINKE nicht hinter die in Gleichstellungsfragen konkurrierenden Programme von SPD und Grünen fallen darf. Die unterdurchschnittliche Repräsentierung von Frauen in Wählerschaft und Mitgliedschaft sollten als ein weiteres Argument für eine starke Formulierung gleichstellungspolitischer Forderungen genügen. Die Zukunftsfähigkeit einer neuen linken Partei entscheidet sich nicht zuletzt auch darin, ob sie für Frauen attraktiv ist – in ihrer politischen Kultur und in ihren programmatischen Aussagen:

Für das Programm der Partei DIE LINKE schlagen wir vor diesem Hintergrund die folgenden Punkte als Mindestanforderungen für das zu erarbeitende Programm vor:

- Die Frauenbewegung sollte neben der Arbeiterbewegung als eine der zentralen historischen Emanzipationsbewegungen benannt werden, auf die sich DIE LINKE bezieht. Wir können uns mit gutem gewissen in die Tradition der alten wie der neuen Frauenbewegung stellen. Wir dürfen den Anspruch auf diese Traditionslinie nicht der SPD überlassen. Im Gegenteil: Indem die SPD es versäumt hat, einer gleichstellungspolitischen Perspektive einen prominenten Platz einzuräumen, hat sie auch an dieser Stelle ihre Chance vertan, den Kampf für eine umfassende soziale Gleichstellung in allen Bereichen zu führen.
- Frauen- und Gleichstellungspolitik sind für uns sowohl ein Querschnittsthema als auch ein eigenständiges Politikfeld. Dies sollte sich auch in der Strukturierung des Programms widerspiegeln - also in einer Thematisierung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen von Männern und Frauen in den jeweiligen Politikfeldern, als auch in der Formulierung eines eigenen Absatzes. Die Programmatischen Eckpunkte enthalten dies im Kern.
- Bereits im analytischen Teil ist daher auf die aktuelle gesellschaftliche Situation der Geschlechterverhältnisse einzugehen. Wir plädieren dabei ausdrücklich dafür, eine differenzierte Analyse vorzunehmen, die einerseits die Errungenschaften der Frauenbewegung und die in historischer Sicht enorm gewachsenen Entfaltungsmöglichkeiten positiv hervorhebt. Die Frauenbewegung war unstrittig einer der erfolgreichsten sozialen Bewegungen. Andererseits dürfen die anhaltenden

Probleme nicht verschwiegen werden. Trotz rechtlicher Gleichstellung sind wir von einer wirklichen Teilhabegerechtigkeit weit entfernt. Insbesondere in materieller Hinsicht – im Bezug auf Arbeitslosigkeit, Armut und Einkommen – sind Frauen im Vergleich zu Männern nach wie vor benachteiligt. Gleiches gilt bei ihrer Repräsentierung in Führungspositionen in Politik, Kultur und Wirtschaft – trotz inzwischen besseren Bildungsabschlüssen von Frauen. Die berufliche Segregierung hält in vielen Breichen an; in Ostdeutschland ist hier im Gegenteil ein Rollback zu beobachten.

- Patriarchale, hierarchische Geschlechterverhältnisse sind für uns ein eigenständiges Herrschaftsverhältnis mit einer langen Geschichte, der sich nicht einfach aus kapitalistischer Produktion ableiten lässt. Gleichwohl hängen kapitalistische und patriarchale Unterdrückungsverhältnisse zusammen und gehen in vielerlei Hinsicht eine produktive Verbindung ein. Eine Differenzierung in Haupt- und Nebenwiderspruch linker Politik ist einer zeitgemäßen linken Partei nicht mehr angemessen.
- Auch das Zusammenwirken von neoliberalen Umbau und Wandel der Geschlechterverhältnisse muss in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden. Wir plädieren für eine differenzierte, die Ambivalenz und Ungleichzeitigkeit dieser Entwicklung berücksichtigende Analyse, die sich vor einseitigen und vorschnellen Einschätzungen verwahrt. Der neoliberale Umbau der Gesellschaft hat in einigen Fällen verstärkt negative Auswirkungen auf Frauen (etwa finanziell in „Bedarfsgemeinschaften“) aber auch auf Männer, die zunehmend selbst von der Erosion des männlichen Normalarbeitsverhältnisses betroffen sind. Gleichwohl kann es für uns kein Zurück zu diesem Normalarbeitsverhältnis und zu den konservativen, am Alleinernährer ausgerichteten Geschlechterverhältnissen des rheinischen Kapitalismus geben.
- Unser Verständnis von sozialer Gerechtigkeit als Kernmotiv eines linken Grundsatzprogrammes beschränkt sich nicht auf materielle Umverteilung, sondern schließt die Gleichstellung in allen Lebensbereichen ein. Freiheitsrechte und symbolische Repräsentierung gehören ebenfalls mit dazu. Quotenregelungen und die Instrumente des Gender Mainstreamings sind für uns daher nicht nur im Innenleben der Partei unverzichtbar.
- Wir wollen die Situation berufstätiger Frauen verbessern. Wir unterstützen die Erhöhung der Frauenerwerbsquote, streiten für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gegen die Abschiebung von Frauen in schlecht bezahlte Tätigkeiten, für einen Mindestlohn, für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Berufstätige Frauen brauchen insbesondere in Westdeutschland einen Ausbau ganztägiger Betreuungsmöglichkeiten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer muss ein prominentes Ziel linker Gleichstellungs- und Familienpolitik sein. Gleichzeitig wollen wir Frauen nicht auf ihre Rolle als Mütter reduzieren.
- Wir wollen einen Umbau sozialer Sicherungssysteme aus der Perspektive von Frauen. Wir streiten für eigenständige Ansprüche und für eine Absicherung von nicht erwerbstätigen Frauen und Männern.
- Eine linke Gleichstellungspolitik schließt eine Antidiskriminierungspolitik mit ein. Diskriminierung auf Grund des Geschlechtes lehnen wir ebenso ab wie eine Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung. Wir wollen vielfältige Formen des Zusammenlebens anerkennen und lehnen die in vielen Bereichen fortbestehende Privilegierung der Ehe ab. Menschen, die Kinder erziehen, verdienen die Unterstützung der Gesellschaft, unabhängig davon, welche Lebensweise sie wählen. Wir wollen die Anerkennung neuer Formen des Zusammenlebens.

- Wir denken Frauen im Plural. Wir wollen die vielfältigen Lebensweisen, Biografien und Erfahrungen anerkennen und wertschätzen. Gleichzeitig brauen wir einen sensiblen Umgang mit den Erfahrungen von älteren und jüngeren, ost- und westdeutschen, deutschen und eingewanderten, schwarzen und weißen Frauen.
- Geschlechtergerechtigkeit ist keine Herausforderungen alleine für Frauen. Wir sehen die Notwendigkeit von Frauenförderung weiterhin. Aber auch Männer müssen sich bewegen – wenn es darum geht, auf Privilegien zu verzichten, sich von überholten Männlichkeitsbildern zu verabschieden, im Haushalt zu gleichen Teilen mit anzupacken und jede zweite Windel zu wechseln. Wir sehen ausdrücklich, dass auch Männer unter einengenden Rollenklischees leiden und in einigen Bereichen inzwischen selbst benachteiligt sind – etwa bei der schulischen Bildung.
- Eine neue Linke sollte den Mut haben, auch visionäre Gedanken im Programm zu formulieren. Wir wollen Frauen und Männern individuelle Entfaltungsmöglichkeiten in Freiheit und mit sozialer Sicherheit jenseits der traditionellen, geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung und jenseits einengender Rollenklischees ermöglichen. Wir wollen einen Umbau der Arbeitswelt, eine Gesellschaft, in der Erwerbs- und Reproduktionsarbeit, Zeit für Kultur und Bildung sowie politisches und gesellschaftliches Engagement zu gleichen Teilen gelebt werden können – von Männern und von Frauen, ohne dass ein Bereich in erster Linie von Männern und Frauen erfüllt wird oder gelebt werden kann. Die Wiederaufnahme der Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung ist daher auch aus gleichstellungspolitischer Sicht ein zentrales Ziel linker Politik.
- Wir wollen die im Anhang der programmatischen Eckpunkte gestellte offene Frage, wie die politische Ökonomie der Frauenunterdrückung überwunden kann, einschließlich der schwierigen Frage, wie die unterschiedliche Bewertung von als „weiblich“ oder „männlich“ konnotierten Tätigkeiten und Arbeiten überwunden werden kann, im Erarbeitungsprozess des neuen Programms weiter diskutieren. Es muss sichergestellt sein, dass in einem partizipativen Prozess bei der Erstellung des Programms der Partei DIE LINKE, bei der interessierte Frauen und Männer, insbesondere die Frauenstrukturen in der Partei ihre programmatischen Vorstellungen artikulieren können. Wir erwarten von der Programmkommission, sich frauen- und gleichstellungspolitischen Sachverstand zu organisieren – etwa in Form externer Referate und Expertisen, in Form öffentlicher Diskussion in Publikationen und Konferenzen oder durch die bewusste Ansprache des Frauenplenums und der Frauenstrukturen.

# **Gleichstellungspolitische Auszüge aus den Programmatischen Eckpunkten:**

## **Vorbemerkung**

Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab - Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend. Wir sind Teil der europäischen Linken, der sozialen und Friedensbewegungen.

## **I. Gemeinsam für eine andere Politik**

Der Zusammenschluss von Gewerkschaften, demokratischen Initiativen, der Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung steht jedoch erst am Anfang.

## **III. Unsere Alternative: Soziale, demokratische und friedensstiftende Reformen zur Überwindung des Kapitalismus**

### **1. Arbeit: Selbstbestimmt und solidarisch statt abhängig und in Konkurrenz**

Arbeit im Haushalt, partnerschaftliche Fürsorge, Betreuung und Erziehung von Kindern, soziale Arbeit werden auch weiterhin vor allem von Frauen verrichtet. Der Anteil von Migrantinnen und Migranten an schlecht bezahlter Arbeit ist besonders hoch.

Um dieses Ziel einer Neuorganisation gesellschaftlicher Lebenschancen und Arbeit zu erreichen, setzen wir uns ein für die Zurückdrängung der Macht der Finanzmärkte, für eine deutliche Verringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede, für die staatliche bzw. öffentliche Verantwortung für alle Felder der Daseinsvorsorge, für die Ausweitung öffentlicher Investitionen, für eine deutliche Arbeitszeitverkürzung, die Männern und Frauen für Familienarbeit, Engagement in der Gesellschaft und für sich selbst Raum lässt, für die Aufwertung und rechtliche wie finanzielle Absicherung der Eigentumsformen einer solidarischen Ökonomie und ein umfassendes System sozialer Sicherheit.

Für die Lohnarbeit heißt dies:

*Arbeitszeitverkürzung:* ..... Eine Arbeitszeitverkürzung kommt auch den veränderten Geschlechterrollen, nach denen Frauen und Männer sich Erwerbs- und Sorgearbeit teilen wollen und sollen, zugute.

*die Durchsetzung eines neuen Normalarbeitsverhältnisses* auf der Basis .... der Angleichung der Löhne von Frauen an die der Männer.

### **3. Sozialsysteme: Sicherheit und Förderung für jede und jeden statt Zwang und soziale Spaltung**

Wir setzen uns für eine Erneuerung des Sozialstaats und der öffentlichen Dienstleistungen ein. Soziale Sicherheit soll .... die Gleichstellung der Geschlechter und die Vielfalt der Lebensweisen ermöglichen.

### **4. Politik: Mehr Demokratie wagen statt autoritäre "Sachzwangspolitik"**

Die Demokratisierung der Demokratie  
Wir fordern

...

*Geschlechterdemokratie:* Trotz verfassungsrechtlich garantierter Gleichberechtigung ist die ungleiche Verteilung von Chancen zwischen Frauen und Männern nicht aufgehoben. Politische und wirtschaftliche Macht sind patriarchal geprägt. Der Grad gesellschaftlicher Demokratie misst sich für uns an der Freiheit von Frauen und Männern, den eigenen Lebensentwurf frei von Rollenklischees umsetzen zu können. Die gerechte Verteilung von Erwerbs-, Haus- und Erziehungsarbeit zwischen den Geschlechtern ist eine wichtige Voraussetzung dafür. Wir brauchen Gleichstellungsgesetze, auch für die Privatwirtschaft, und Frauenförderungsprogramme. Elementar ist die Selbstbestimmung von Frauen über ihren Körper. Deshalb: Abschaffung des § 218. Gewalt an Frauen, Gewalt von Männern gegen Frauen muss öffentlich geächtet und entschieden verfolgt werden. Betroffene Frauen und Kinder brauchen Rechtsschutz, ein funktionierendes Netz von Unterstützungs- und Beratungsstellen.

*aktive Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik:* Diskriminierung aufgrund der Merkmale Alter, Geschlecht, sexuelle Identität, Behinderung, ethnische und religiöse Zugehörigkeit lehnen wir ab. Wir wollen eine aktive Gleichstellungspolitik, die Benachteiligung und Stigmatisierung in Arbeit und Zivilgesellschaft entgegenwirkt. Dies erfordert unter anderem ein effektives, umfassendes Antidiskriminierungsgesetz, das die Möglichkeit der Verbandsklage einschließt.

## **5. Geschlechtergerechtigkeit: Anerkennung vielfältiger Formen des Zusammenlebens statt Privilegierung der Ehe**

Wir verbinden die Erfahrungen der Frauenbewegungen in Ost und West mit unterschiedlichen feministischen Politikansätzen. Dies bietet die Chance, eine feministische Lesart ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse und eine entsprechende politische Gestaltung in der Arbeitswelt, der Bildung, den Sozialsystemen, der Öffentlichkeit und in der eigenen Organisations- und Politikentwicklung voranzubringen.

In der Konsequenz entwerfen wir eine positive Gleichstellungspolitik für Frauen, die den Zugang zu gesellschaftlichen Entscheidungen ermöglicht, ohne ihnen Lebensformen aufzudrängen, die sie mit Verzicht auf persönliche Entfaltungsmöglichkeiten bezahlen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mehr als eine frauenpolitische Forderung nach Anerkennung fachlicher Kompetenzen. Es geht dabei sowohl für Männer als auch für Frauen um nicht weniger als ein Umdenken und Neubewerten von gesellschaftlicher Arbeit - ob am Computer, im Haushalt, an der Werkbank, auf dem Spielplatz oder bei der Pflege von Angehörigen.

Für uns sind Quotierung, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, bedarfsdeckender Ausbau von Ganztageseinrichtungen zur Kinderbetreuung zentrale politische Forderungen. Die Trennung in männliche und weibliche soziale Rollen, die strukturelle Diskriminierung des weiblichen Geschlechts müssen aufgehoben werden. Wir wollen die bestehenden patriarchalen Regelungen im Sozial- und Steuerrecht beseitigen. Soziale Beziehungen der Geschlechter müssen den Charakter eines Herrschaftsverhältnisses verlieren. Wir fordern politische Instrumente, die familiäre Abhängigkeiten aufheben und gegenseitige Verantwortung in allen unterschiedlichen Lebensformen stärken, denn die Institution der bürgerlichen Ehe kann nicht die einzige anerkannte Familienform sein. Ein neues Familienbild muss auch die Lebensweisen von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern einschließen.

Notwendig ist eine aktive Politik für Menschen mit Kindern, egal in welchen Beziehungsformen sie zusammen leben. Das Modell von der Rolle des Mannes als alleinigem Ernährer der Familie gehört der Vergangenheit an. Neue Beziehungen von Angehörigen entstehen. Sie benötigen rechtliche Anerkennung.

## **6. Wissenschaft und Bildung, Medien und Kultur: Beitrag zu Aufklärung und Emanzipation statt Selbstvermarktung**

.....

### **Ein Neubeginn für Ostdeutschland**

Beim Beitritt der DDR zur BRD sind wichtige Erfahrungen aus der DDR, wie eine umfassende Kinderbetreuung, ein modernes Schul- und Bildungssystem, die ökonomische Gleichstellung der Frauen, ortsnahe Kultureinrichtungen und das Prinzip der Polikliniken, auf ihre eventuelle Übernahme für Gesamtdeutschland weder geprüft noch übernommen worden.

## **V. Nachbemerkung**

Als Anregung für die folgenden Debatten zur Programmatik der neuen linken Partei seien einige Fragen benannt:

- Was bedeutet es und was wäre zu leisten, wenn weibliche Autonomie in den Mittelpunkt feministischer sozialistischer Politik rücken und eine politische Ökonomie der Frauenunterdrückung überwunden werden soll, in der Frauen mehr arbeiten als Männer, aber als weniger produktiv bewertet werden?

## **Gleichstellungspolitische Auszüge aus dem Chemnitzer Programm der PDS:**

Der Neoliberalismus versprach die Gleichstellung von Männern und Frauen. Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen ist eine Chance für Emanzipation. Sie wird jedoch von der allgemeinen Ausbreitung unsicherer Arbeitsverhältnisse für Frauen und Männer begleitet. Armut trifft immer noch vor allem Frauen und Kinder. Die Vermarktung von Frauen und Kindern wurde zu einem globalen Geschäft.

Die aus der Gestaltung anderer gesellschaftlicher Verhältnisse resultierenden Erfahrungen der Menschen im zweiten deutschen Staat nach 1945 wurden weit gehend ignoriert. Dies gilt unter anderem für die Erfahrungen von Frauen in einer Gesellschaft der Vollbeschäftigung, für die Integration von Produktion, sozialen und kulturellen Aufgaben in Betrieben, für genossenschaftlich betriebene Landwirtschaft, die integrierten Gesundheitsdienste, die positiven Ergebnisse des einheitlichen Bildungssystems, die Eigenständigkeit des akademischen Mittelbaus an den Hochschulen, die Multidisziplinarität an Universitäten, die breite Förderung kultureller und sportlicher Einrichtungen, von Kinderbetreuungsstätten und Jugendklubs. Es wurde eine einseitige Anpassung an Westdeutschland gefordert und weit gehend durchgesetzt.

Sozialistische Politik heißt, die gesellschaftliche Dominanz von Männern über Frauen zu überwinden und für die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu streiten.

Solange Frauen und Männer nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichgestellt und Umverteilung von Erwerbsarbeit zu Gunsten von Frauen und von sozialer und Familienarbeit zu Gunsten von Männern nicht gelebt wird, solange werden Demokratie und Menschenrechte in Deutschland und der Europäischen Union ein unvollendetes Projekt bleiben. Wir halten unsere Forderung nach einem Recht der Frauen auf selbstbestimmte Schwangerschaft uneingeschränkt aufrecht und treten nach wie vor für die Streichung des § 218 ein. Wir wenden uns gegen jede Form

der Diskriminierung von Lesben und Schwulen. Wir treten dafür ein, dass keine Lebensweise gegenüber einer anderen privilegiert werden darf.

Die Linkspartei. PDS fordert eine offene und tolerante Gesellschaft, die allen in Deutschland und in den Ländern der Europäischen Union lebenden und arbeitenden Menschen gleiche Bürger- und Menschenrechte unter angeglichenen materiellen und sozialen Bedingungen einräumt.

Menschenrechte sind nicht teilbar, nicht in politische und soziale, individuelle und kollektive, nicht in Frauen- und Männerrechte, nicht in Menschenrechte für Deutsche und Nichtdeutsche, für Menschen mit und ohne Behinderungen, nicht in Menschenrechte für Menschen mit der einen oder der anderen sexuellen Orientierung.

Statt eine weitere Deregulierung des Arbeitsrechts zuzulassen, setzt sich Die Linkspartei. PDS für die zeitgemäße Neuregelung und die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung ein. Je differenzierter die Produktions- und Arbeitsanforderungen, desto unerlässlicher sind Mitbestimmung von Betriebsräten und Gewerkschaften und ein Arbeitsrecht, das sozial- und familienverträgliche Arbeitszeiten garantiert, die gleichberechtigte Integration von Frauen in den Arbeitsprozess erleichtert, Benachteiligungen ausgleicht und den Gesundheitsschutz erweitert. Bezahlte Arbeit muss auch für Menschen da sein, die den üblichen Anforderungen an Erwerbsarbeit nicht entsprechen können.

Zur Verbesserung der Alterssicherung von Frauen bzw. bei Familienarbeit sind die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bzw. die Bewertung von Kindererziehung bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit auszuweiten.

Es soll gemeinsame Bildung und Erziehung von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern, Behinderten und Nichtbehinderten, von Menschen mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und zugleich individuelle, differenzierte Förderung sowie Nachteilsausgleich ermöglichen.

## **Auszüge aus dem Programm der WASG**

### **3. Geschlechterdemokratie: Gleichstellung von Frauen und Männern**

Die Gleichstellung von Männern und Frauen gehört zu den Grundfesten einer demokratischen Gesellschaft. Sie erfordert nicht nur den rechtlichen Schutz vor Diskriminierung, sondern auch die aktive Förderung der Geschlechter, wo immer überkommene Rollenbilder eine gleichwertige Teilhabe an Beruf und Gesellschaft verhindern.

Die Errungenschaften der Frauenbewegung in West und in Ost haben die soziale und politische Situation der Frau entschieden verbessert. Dazu gehören gestiegene Erwerbsbeteiligung, erweiterter Zugang zu Bildung und Ausbildung oder größere finanzielle Unabhängigkeit. Diese ökonomische und soziale Basis vermittelt vor allem jungen Frauen ein starkes Selbstbewusstsein.

All dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Diskriminierung von Frauen noch immer in den Strukturen unserer Gesellschaft tief verankert ist: So ist der Wandel der modernen Familie bisher kaum mit einer realen Gleichstellung der Geschlechter einhergegangen. Mütter und vor allem alleinerziehende Frauen sind oft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit und betrieblicher Rationalisierung wird die alltägliche flexible Selbstausbeutung zwischen Privatleben und Beruf besonders für Frauen zur individuellen Überlebensstrategie.

Frauen haben einen Anspruch auf aktive gesellschaftliche Teilhabe durch Erwerbsarbeit. Gering bezahlte prekäre Beschäftigungsverhältnisse ohne Sozialversicherungspflicht erfüllen diesen Anspruch nicht. Wir treten deswegen für vollwertige Erwerbsarbeitsplätze und ein angemessenes Einkommen für alle Frauen und Männer ein sowie für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Deswegen müssen in vielen Bereichen, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind, deutlich höhere Einkommen durchgesetzt werden. Ein wirksames Gesetz muss die Diskriminierung auch in der Privatwirtschaft unterbinden.

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am gesamten Spektrum des öffentlichen Lebens zu ermöglichen heißt auch, gesellschaftliche Strukturen im Sinne einer „Revolution der Alltagskultur“ zu verändern. Dies erfordert etwa den Abschied von „weiblichen“ und „männlichen“ Berufsbildern oder eine gleichberechtigte Aufgabenteilung in Familie und Haushalt.

Den Vorstellungen vieler Frauen bezüglich Berufstätigkeit und Lebensplanung steht eine männlich geprägte Erwerbswelt entgegen mit ihren starren Karrierewegen, Hierarchien sowie der üblichen „Opferung“ des Privatlebens zugunsten des Berufs. Viele Frauen fordern hingegen Raum für ein gleichberechtigtes Leben neben der Erwerbsarbeit ein, ohne dabei auf einen Aufstieg im Beruf verzichten zu wollen. Wo diesen Forderungen entsprochen wird, entstehen durch alternative Modelle der Arbeitsorganisation nicht nur neue Lebenschancen für Frauen und Männer, sondern auch neue Arbeitsplätze.

## **Auszüge aus der „Studie zum Vergleich der Parteiprogramme von PDS und WASG im Auftrag der RLS“ von Horst Dietzel, Jana Hoffmann und Gerry Woop, Oktober 2005**

### **9. Gleichstellung und Feminismus**

Sowohl PDS als auch WASG meinen: „Die Gleichstellung [...] gehört zu den Grundfesten einer demokratischen Gesellschaft.“ Beide Parteien erkennen die strukturelle, gesellschaftliche und politische Benachteiligung von Frauen an und erklären dies ändern zu wollen. Dazu fordern Linkspartei und WASG die Umverteilung von sozialversicherungspflichtiger Erwerbsarbeit, um Frauen aktiv zu fördern und sie vor Altersarmut besser zu schützen. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist die Bedingung für eine gleichberechtigte Teilhabe in Beruf und Gesellschaft. Mit gesetzlichen Regelungen in der Privatwirtschaft und auf der Basis eines frauenspezifischen Antidiskriminierungsgesetzes wollen WASG und PDS gleiche Rechte für Frauen in der Gesellschaft und im Berufsleben durchsetzen. Darüber hinaus fordert die WASG – ebenso wie die Linkspartei.

PDS – die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für (gerade allein erziehende) Frauen und Männer und getrennte Kindererziehungszeiten.

Die PDS ist weiterhin für eine komplette Streichung des Paragraphen 218; jede Frau soll das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft besitzen.

Die SPD wie auch die Grünen sehen Frauen- und Gleichstellungspolitik als Querschnittsthema. Nicht nur in qualitativer, auch in quantitativer Hinsicht ist das

Wahlprogramm der Grünen und teilweise das der Sozialdemokraten in Gleichstellungsfragen entwickelter. So gehen Bündnis 90/Die Grünen über Forderungen der Linkspartei, PDS und der WASG hinaus. Sie fordern einen weiteren Ausbau von Frauenhäusern, die konsequente Befolgung des Gewaltschutzgesetzes sowie die exekutive Verfolgung von Zwangsheiraten, Ehrenmorden und weiblichen Genitalverstümmelungen.

Fraglich ist, ob das von SPD und Grünen geschaffene Prostitutionsgesetz wirklich die Rechte der Frauen stärkt und Frauenhandel sowie Zwangsprostitution eindämmt. Sowohl PDS und die WASG als auch Bündnis90/Die Grünen fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings.

Die Vorschläge der SPD, die sich nur marginal von den Grünen, der Linkspartei und der WASG unterscheiden, haben eine Spezifik. Sie stützen sich in ihrer Beurteilung und der Darstellung ihrer Ziele zu sehr auf die Förderung von Frauen mit Kindern. Frauen werden von der SPD generell als Menschen mit Kindern definiert dies ist in sich eine Diskriminierung, aber auch eine Fehleinschätzung bundesdeutscher Realität.

## **Gleichstellungspolitische Auszüge aus dem Grundsatzprogramm der SPD („Hamburger Programm“):**

Einleitung

Wir setzen auf das Miteinander der Generationen und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

## Umbruch in Arbeitswelt und Gesellschaft

Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern ist unsere Gesellschaft weit vorangekommen. Doch die alte Rollenverteilung ist noch immer nicht überwunden. Rechtliche Gleichheit bedeutet noch keine Gleichstellung. Gerade in Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Benachteiligungen fort. Immer noch ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz überwiegend ein Problem der Mütter, verdienen Frauen weniger als Männer, verlieren Frauen leichter ihre Arbeitsplätze und sind häufiger von Armut bedroht.

## 2. Unsere Grundwerte und Grundüberzeugungen

Die deutsche Sozialdemokratie ..hat Freiheitsrechte und Demokratie erstritten, das Frauenwahlrecht erkämpft, sich jeder Diktatur widersetzt. ...

Die linke Volkspartei verdankt wichtige Impulse der Frauenbewegung und den neuen sozialen Bewegungen. ...

Und was uns eint, ist die historische Erfahrung, dass sozialdemokratische Politik nur erfolgreich sein kann, wenn sie verbunden ist mit dem demokratischen Engagement der Menschen in den Gewerkschaften, den Friedens-, Frauen-, Umwelt-, Bürgerrechts-, Eine-Welt- und globalisierungskritischen Bewegungen und Netzwerken. Die SPD fühlt sich diesen Bewegungen auch in Zukunft verbunden.

## Das soziale und demokratische Europa

Das europäische Gesellschaftsmodell ...setzt Maßstäbe für die Gleichstellung von Frauen und Männern und gewährleistet die Rechte der Minderheiten.

## Sicherheit in Freiheit

Jede Form von Gewalt, wie auch immer motiviert sie sein mag, ist ein Angriff auf die solidarische Bürgergesellschaft, egal ob es sich um Gewalt unter Männern oder häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder handelt. Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution oder so genannte Ehrenmorde an Frauen müssen verhindert oder geahndet werden.

## 3.4 Die Gleichstellung der Geschlechter

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Frauen und Männer gleiche Rechte und Chancen haben – nicht nur auf dem Papier, sondern im täglichen Leben. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben können.

Wir wollen, dass Frauen und Männer ihren Weg – gemeinsam oder getrennt, mit und ohne Familie – selbstbestimmt wählen können. Die SPD und die Frauenbewegung, beide aus der Freiheitsbewegung des 19. Jahrhunderts kommend, verbindet die Idee der Gleichstellung von Frau und Mann. Viele Rechte für Frauen wurden von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstritten: das Frauenwahlrecht, gleiche Rechte in Ehe und Familie und gleicher Zugang zu Bildung.

Frauen sind heute selbstbewusst und wollen ihr Leben nach ihren Vorstellungen gestalten. Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen wandelt sich. Immer mehr Frauen und Männer wollen Beruf und Familienaufgaben partnerschaftlich teilen.

Rechtliche Gleichstellung ist noch keine tatsächliche Gleichstellung. Deshalb brauchen wir eine aktive Frauenförderung genauso wie das Gender Mainstreaming, das jede politische Entscheidung auf ihre Auswirkungen auf das Leben von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen überprüft und wo nötig verändert. Insbesondere in der Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Ungleichheiten fort. Die Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft werden ganz überwiegend von Männern besetzt. Frauen erhalten vielfach weniger Lohn als gleich qualifizierte Männer.

Die Ansprüche an Flexibilität und Verfügbarkeit in der Arbeitswelt lassen sich nur schwer vereinbaren mit Familie und Kindern. Gerade für Frauen addieren sich berufliche und familiäre Belastungen im Alltag. Eine partnerschaftliche Teilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern ist noch nicht die Regel. Ein Großteil der Familienarbeit wird auch heute noch von den Frauen geleistet, oft zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit, was eine tatsächliche Gleichstellung im Berufsleben erschwert. Allzu oft sind Frauen vor die Alternative gestellt: Verzicht auf Kinder oder Verzicht auf Beruf. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll mit einem flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kinder sowie durch die Absicherung von Erziehungsphasen verbessert werden. In verschiedenen Lebensphasen sind Frauen und Männer unterschiedlich gefordert: Ob berufliches Fortkommen, Erziehung von Kindern, Pflege von Angehörigen oder Qualifizierung, politisches oder bürgerschaftliches Engagement – sie müssen dafür Zeit haben. Wir wollen die Arbeitswelt durch flexible Arbeitszeiten so gestalten, dass Beruf und Privatleben in eine Balance zu bringen sind. Wir wollen mehr Zeitsouveränität für Frauen und Männer. Das ermöglicht überhaupt erst Wahlfreiheit.

Wir wollen eine gleichberechtigte und gerechte Teilhabe von Frauen und Männern an existenzsichernder Erwerbsarbeit. Arbeit, die überwiegend von Frauen gemacht wird, ist oftmals schlechter bezahlt. Für gleichwertige Arbeit muss aber gleicher Lohn gezahlt werden. Wir wollen die Trennung in typische Frauen- und Männerberufe überwinden. Erforderlich sind gesetzliche Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien.

Wir wollen das Steuerrecht so umgestalten, dass es für Frauen keine Hürde darstellt, erwerbstätig zu werden, und ihrer beruflichen Emanzipation nicht im Wege steht. Wenn wir gleiche Teilhabe für Frauen und Männer verwirklichen wollen, müssen wir alle Lebensbereiche umgestalten: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

Moderne Dienstleistungspolitik

Eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Männern wird auch die Nachfrage nach Dienstleistungen erhöhen.

Teilhabe am Haben und am Sagen

Unser Ziel bleibt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, für Frauen und für Männer.

Sicher und aktiv im Alter

...Hinzu kommen muss die eigenständige Alterssicherung von Frauen.

Bildung für alle

... Wir müssen darauf achten, dass das Zahlenverhältnis zwischen Frauen und Männern unter den Lehrenden von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule ausgewogener wird. Nur so finden Jungen und Mädchen Leitbilder.

## **Gleichstellungspolitische Auszüge aus dem Grundsatzprogramm von Bündnis90/ Die Grünen:**

Geschlechtergerechtigkeit. Gerechtigkeit meint auch Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Hier hat bündnisgrüne Politik viel erreicht. Aber noch immer ist die gleiche Definitionsmacht von Frauen und Männern für die gesellschaftliche Entwicklung nicht verwirklicht. Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter ist nicht gewährleistet. Solange es ein Gefälle in der Verteilung von Machtpositionen, Einkommen und Zeit zu Lasten von Frauen gibt, ist diese Gerechtigkeitsfrage ungelöst.

Veränderung im Geschlechterverhältnis. Die Lebensentwürfe von Frauen haben sich in den letzten Jahrzehnten enorm verändert. Moderne Lebensentwürfe, die Berufstätigkeit und Familie gleichermaßen als selbstverständlich begreifen, haben sich durchgesetzt. Dennoch sind Hierarchien und Machtunterschiede zwischen den Geschlechtern längst nicht beseitigt. Das gegenwärtige, noch von Ungleichheit geprägte Geschlechterverhältnis ist auch ein strukturelles Gewaltverhältnis. Bündnisgrüne Politik will dies durch ein neues, egalitäres und gewaltfreies Verhältnis der Geschlechter, eine tatsächliche Geschlechterdemokratie und eine Kultur des Friedens

ablösen. Dank der politischen Erfolge der Frauenbewegung haben Frauen zwar ihre gesellschaftlichen und politischen, ihre privaten und ihre beruflichen Handlungsräume erweitern können. Doch die Lebensrealitäten von Frauen – und vielen Männern – sind weiterhin von einer Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit bestimmt. Den Veränderungen in den persönlichen Vorstellungen von privaten und gesellschaftlichen Geschlechterarrangements stehen beharrliche, männlich geprägte gesellschaftliche Strukturen, kulturelle Muster und Einstellungen gegenüber. Die Politik basiert noch oft auf Leitbildern von sozialer Arbeitsteilung, Familie und Berufsbiografien, die den Lebensvorstellungen von Frauen nicht entsprechen. Trotz aller Fortschritte ist die Selbstbestimmung der Frauen und die gleichberechtigte Teilhabe am ökonomischen, sozialen und politischen Leben noch nicht erreicht – das gilt im nationalen wie im internationalen Maßstab. Für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bleiben Frauenemanzipation und Geschlechterdemokratie deshalb zentrale Herausforderungen für alle Politikfelder.

#### Aufbruch in eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft

Die einseitige Zuweisung nicht bezahlter „Care-Ökonomie“ an Frauen ist unproduktiv und ein entscheidendes Wachstumshindernis für Wirtschaft und Gesellschaft. Demgegenüber stehen wir für eine Gleichstellung zwischen Frauen und Männern als einem eigenständigen Gestaltungskriterium für Wirtschaft und einem Qualitätsmerkmal von sozialer Marktwirtschaft. Gender Mainstreaming muss sich insbesondere auch auf alle Finanz- und Wirtschaftspolitik beziehen. Bei der Haushaltspolitik des Staates muss ein Gender Budgeting eingeführt werden.

#### I. Grundorientierung unserer Sozialpolitik Sozialpolitik und Gerechtigkeit.

...Die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern und gleiche Teilhaberechte für alle Bürgerinnen und Bürger gehören für uns genauso zum Kern der Gerechtigkeitsfragen wie die Generationengerechtigkeit zwischen Alten und Jungen. Auch wollen wir einen fairen Ausgleich für Menschen, die mit Kindern leben. Der politische Auftrag besteht darin, die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse so zu gestalten, dass alle daran gleichberechtigt teilhaben können, egal welche Voraussetzungen sie mitbringen.

#### IV. Zugangsgerecht: Brücken in den Arbeitsmarkt

Arbeitszeitpolitik ist ein entscheidendes Mittel, um Beschäftigungssicherheit zu gewährleisten und vorhandene Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen. Deshalb wollen wir weitere Schritte gehen auf dem Weg hin zu einer flexiblen und sozial verträglichen Arbeitszeitpolitik, die größere individuelle Wahlmöglichkeiten eröffnet. Zukünftig wird es darauf ankommen, Teilzeitarbeit so zu entwickeln, dass sie von einer Domäne der Frauen zu einer Chance auch für Männer wird.

#### VII. Geschlechtergerecht: Leben in Gleichberechtigung

Die Veränderungen im Geschlechterverhältnis prägen unsere Gesellschaft. Frauen haben sich erkämpft, dass ihre Beteiligung am Erwerbsleben inzwischen selbstverständlich ist, auch wenn sie in Leitungspositionen viel zu gering vertreten sind. Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch weniger als Männer und haben geringere Aufstiegschancen. Die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt einen ernst zu nehmenden Hinderungsgrund für Karrieren dar. Erziehungsarbeit als wichtige gesellschaftliche Aufgabe benötigt mehr Anerkennung. Erziehungszeiten wirken insbesondere für Frauen zunehmend als Job-Killer.

Wir wollen die Nachteile ausgleichen, die durch Kindererziehung entstehen. Zugleich nimmt die Vielfalt unterschiedlicher Lebensformen zu. Die klassische Kleinfamilie wird seltener und die Scheidungsraten steigen. Neue Lebensgemeinschaften sind entstanden. Auch die Zahl der Single-Haushalte nimmt zu. Wir unterstützen die unterschiedlichen Formen solidarischen und partnerschaftlichen Zusammenlebens und würdigen deren soziale Integrationsleistung.

Wir wollen Frauen und Männern den gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt eröffnen. Das heißt auch, dass wir uns gegen Tendenzen in den ostdeutschen Bundesländern wenden, die Arbeitslosenstatistik durch Verdrängung der Frauen aus dem Arbeitsmarkt zu schönem. Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern in der Wirtschaft verlangt auch das Verbot jeder Form von Diskriminierung und eine Politik der Frauenförderung, die der Staat im eigenen Bereich, aber auch in der Wirtschaft insgesamt verfolgt.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer ist ebenso eine Frage der Gerechtigkeit wie der ökonomischen Dynamik. Erziehungsarbeit als gleichwertige gesellschaftliche Aufgabe benötigt mehr finanzielle und gesellschaftliche Anerkennung. Wir wollen die Erziehungszeiten für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv gestalten. Unsere Politik fördert daher familienfreundliche Arbeitszeiten, betriebsnahe Kinderbetreuungsangebote, Wiedereinstiegsangebote für Eltern nach der Kinderphase wie auch eine Steuerpolitik, die der Beschäftigungsrealität von Frauen gerecht wird. Nur Betriebe, die Frauen fördern und Geschlechtergerecht praktizieren, werden in Zukunft erfolgreich wirtschaften.

Ein Leben in Gleichberechtigung ist auch eine wichtige Voraussetzung für eine moderne Familienpolitik.

Überall dort, wo es kulturell akzeptiert und selbstverständlich ist, dass Frauen beruflich engagiert sind, werden

die Kinder- und Familienwünsche in einem größeren Umfange realisiert. Je stärker erwerbstätige Mütter dagegen unter Rechtfertigungsdruck geraten, umso eher verzichten sie auf Kinder. Es fehlt in Deutschland an kultureller Akzeptanz und sozialer Unterstützung für erwerbstätige Mütter und familienorientierte Männer. Je mehr beide Bereiche für beide Geschlechter offen stehen, desto bessere Chancen haben Kinder und Familien in einer veränderten Welt.

## VII. Die demokratischen Institutionen reformieren

Die demokratischen Institutionen müssen mit dem Gender Mainstreaming auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer überprüft werden. Wir wollen, dass Frauen und Männer in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Politik gleichermaßen vertreten sind.

### Aufbruch in eine geschlechtergerechte Gesellschaft

Bündnisgrüne Politik steht für die Gleichberechtigung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen. Der Feminismus, die Frauenbewegung und das persönliche Engagement vieler Frauen sind eine wesentliche Quelle bündnisgrüner Politik. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an unserer politischen Arbeit hat unser politisches Selbstverständnis entscheidend mit geprägt. Frauenpolitik war und ist für uns ein Querschnittsthema mit dem Ziel, das Lebensumfeld von Frauen und Männern so zu gestalten, dass es der Vielfalt ihrer Lebenslagen auch entspricht.

Frauenpolitik wird so zu einer gestaltenden Gesellschaftspolitik, die Machtstrukturen im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit hin analysiert und verändert. Unsere Frauenpolitik findet ihre Fortsetzung in einer neuen Frauen-, Männer-, Geschlechter- und Gesellschaftspolitik. Mit der Geschlechtergerechtigkeit setzen wir auf ein Leitbild von Demokratie, Freiheit und Gleichheit der Menschen, das weit über das heute verwirklichte Maß hinausgreift.

## I. Grundorientierung unserer Geschlechterpolitik

Die Erfolge der Frauenbewegung haben in unserem Land einen großen gesellschaftlichen Wandel bewirkt. Die rechtliche Gleichstellung der Frau wurde größtenteils erreicht. Der Anspruch auf moderne Lebensentwürfe, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren, ist für Mädchen und Frauen selbstverständlich geworden. Viele Mädchen und Frauen nutzen heute sehr selbstbewusst die persönlichen und beruflichen Optionen, die die Frauenbewegung in den vergangenen Jahren aktiv erstritten hat. An vielen Stellen wirken Frauen aktiv in Politik und Gesellschaft.

Die Emanzipation der Frau ist wesentliches Element der Individualisierung unserer Gesellschaft und der Differenzierung von Lebensstilen. Trotz dieser großen Fortschritte für die Mädchen und Frauen ist noch viel zu tun auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft. Die Hierarchien und Machtunterschiede zwischen den Geschlechtern sind längst noch nicht abgebaut. Dem veränderten Bewusstsein der Mädchen und Frauen stehen beharrlich männlich geprägte gesellschaftliche Strukturen, kulturelle Muster und Einstellungen gegenüber. Politik und Wirtschaftsleben basieren immer noch stark auf den tradierten Leitbildern der geschlechtlichen Arbeitsteilung. Dies zwingt Frauen, zwischen Kindern und Familienbindung und Beruf zu entscheiden oder fortdauernde Mehrfachbelastung auf sich zu nehmen.

Soziale Spaltungen in unserer Gesellschaft zwischen Arm und Reich, Einheimischen und MigrantInnen, Jungen und Alten werden zusätzlich von der sozialen Ungleichheit zwischen Frauen und Männern überlagert. In aller Regel ist die Mehrbelastung der Frauen umso schwerer zu tragen, je schwerer die allgemeinen sozialen Lasten sind. Aufgabe bündnisgrüner Politik ist es, die Rahmenbedingungen, in denen sich dieses Geschlechterverhältnis ausbildet, so zu beeinflussen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt und miteinander die Gesellschaft, in der sie leben, gestalten können.

Geschlechterpolitik hat Konsequenzen für alle anderen Politikfelder:

für die Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft, von Lebensweisen und Familie, von sozialer Sicherung und Steuern, von Bildung und Wissenschaft, von Forschung und Technologie. Alle Politikfelder müssen auf den Prüfstand der Geschlechtergerechtigkeit. Gerechtigkeit im Geschlechterverhältnis. Die Teilhabe an Bildung, Arbeit und Einkommen und Eigentum, an gesellschaftlicher und politischer Mitgestaltung muss gerecht zwischen den Geschlechtern geteilt werden. Dabei geht es nicht nur um die gerechte Teilhabe der Frauen an den gesellschaftlichen Gütern, sondern auch um die gerechte Teilnahme der Männer an den Lasten der Familienfürsorge.

Auch heute sind Hierarchien und Machtunterschiede zwischen den Geschlechtern längst nicht beseitigt. Die Lebensrealitäten von Mädchen und Frauen – und vielen Männern – sind weiterhin von einer Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit bestimmt. Aber solange politische Macht- und Entscheidungspositionen, bezahlte und unbezahlte Arbeit, Einkommen und Zeit nicht gerecht verteilt sind, ist unsere Gesellschaft nicht geschlechtergerecht.

Diese Gerechtigkeitslücke wollen wir schließen. Verteilungsgerechtigkeit ist eine wichtige Grundlage für geschlechtergerechte Politik. Beschäftigung in Bereichen, in denen traditionell Männer beschäftigt sind, wird

nach wie vor materiell besser entlohnt. Die „uralte“ Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit ist immer noch nicht durchgesetzt.

Da Appelle hier nicht reichen, ist die Politik gefordert, durch Begleitmaßnahmen ungerechte patriarchale Strukturen zu durchbrechen.

Selbstbestimmung im Geschlechterverhältnis. Selbstbestimmung setzt auf die gleichen Rechte, gleiche Freiheiten und gleiche Verantwortlichkeiten für jede und jeden Einzelnen und löst traditionell männlich geprägte Hierarchien auf. Das Bewusstsein der Mädchen und Frauen ist den Verhältnissen vorweggeeilt.

Moderne Gesellschaften müssen sich diesen Veränderungen stellen und die sozialen Netzwerke schaffen, die ein selbstbestimmtes Leben auch tatsächlich ermöglichen.

Demokratie im Geschlechterverhältnis. Eine demokratische Gesellschaft bietet für Frauen und Männer die gleichberechtigte Chance zur Beteiligung am demokratischen Willensbildungsprozess und in der Wahrnehmung politischer Ämter.

Die Geschlechterfrage ist darum eine zentrale Demokratiefrage, weil erst über die nicht nur formale Anerkennung von grundsätzlicher Gleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen die Anerkennung der Verschiedenheit zur Geltung kommt. Die Frauenfrage ist über alle anderen sozialen Teilungen hinweg ein elementares Bindeglied für die Demokratie und Zivilität der Gesellschaft.

Eine Gesellschaft erfüllt ihren Anspruch demokratisch zu sein erst dann, wenn Männern und Frauen gleichberechtigte Gestaltungs- und Entscheidungsmacht zukommt. Voraussetzung hierfür sind Lebensbedingungen, die es den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, Erwerbsarbeit, gesellschaftliche und politische Arbeit sinnvoll zu verbinden. Das Recht jeder und jedes Einzelnen, Demokratie gestalten zu können, schließt den gleichberechtigten Zugang zu den dafür notwendigen Ressourcen ein. Wir setzen uns für die gleiche Partizipation und Repräsentanz von Frauen und Männern aus allen gesellschaftlichen Gruppen in allen Gremien ein. Das bedeutet auch, dass Parteien und politische Institutionen ihre Strukturen geschlechtergerecht verändern müssen.

## II. Herausforderungen an eine geschlechtergerechte Politik

Unsere Geschlechterpolitik hat zum Ziel, soziale Zuschreibungen für Männer und Frauen dort aufzulösen, wo sie Geschlechtergerechtigkeit behindern. Unsere Gesellschaft ist geprägt von einer Vielzahl an Lebens- und Familienformen. Sie sind die Antwort auf die Herausforderungen und die Veränderungen einer modernen Gesellschaft.

Das klassische Familienmodell mit einer Erwerbs- und einer lebenslangen Familienbiografie ist weniger prägend als früher.

Die abgeleiteten Ansprüche im Sozialversicherungssystem, wie auch eine Steuergesetzgebung, die nach wie vor finanzielle Anreize für das Leben in traditionellen Rollenmustern bietet, werden dieser Realität nicht mehr gerecht. Frauen wollen eine eigenständige Existenzsicherung, die nicht an eine bestimmte Lebensführung gebunden ist. Die eigenständige ökonomische Situation von Frauen muss gefördert werden, um dadurch sowohl ihre familiäre und partnerschaftliche als auch ihre gesellschaftliche Entscheidungs- und Definitionsmacht zu stärken.

Parallel dazu brauchen wir ausreichende, verlässliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Verständnis im Arbeitsleben für die Pflichten von Eltern, damit Frauen und Männer, die mit Kindern leben wollen, sich nicht zwischen Kindern und Beruf oder Karriere entscheiden müssen. Sie brauchen die Möglichkeit beides zu vereinbaren.

Teilen ist nicht nur in Beruf und Arbeit und in politischen Ämtern notwendig. Teilen ist ebenso in unbezahlter Arbeit, in der Kindererziehung, in der Fürsorge für andere und im Engagement für soziale Beziehungen wichtig. Wir wollen die Frauenpolitik ausweiten zu einer neuen Männer-, Geschlechter- und Gesellschaftspolitik.

Damit wird das Verhältnis zwischen Frau und Mann grundlegend neu bestimmt. So erschließen sich neue Leitbilder für die Lebensentwürfe von Männern, ein neues Verständnis, das die Leistung unbezahlter Sorgearbeit endlich aufwertet und das Verständnis von Familie und Familienleben ausweitet und bereichert. Wir wollen auch Männern ermöglichen, ihre Rolle als Vater zu leben, ohne auf Ausgrenzung und Unverständnis zu stoßen.

Die Erfahrungen in anderen Ländern bestätigen, dass Männer häufiger Verantwortung für die Kindererziehung übernehmen, wenn dies für Männer und Frauen materiell besser abgesichert wird.

## III. Gewaltfreiheit zwischen Männern und Frauen

Ein wichtiges Ziel bündnisgrüner Politik ist der Schutz vor allen Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt. Gewalt beginnt schon dort, wo die Opfer gedemütigt und erniedrigt werden. Sexualisierte Gewalt, deren Opfer zumeist Frauen und Kinder werden, stellt eine der offensivsten Verletzungen der Menschenwürde dar. Es ist das Verdienst der Frauenbewegung, diese Art Gewalt, die sich vor allem im häuslichen Bereich abspielt, zum öffentlichen Thema gemacht zu haben. Wir setzen uns dafür ein, dass professionelle Maßnahmen, die für den Schutz von Opfern sexueller, physischer und psychischer Gewalt unerlässlich sind, wie Frauenhäuser und Zufluchtsmöglichkeiten, Beratungsangebote, Opfer- und Zeuginnenschutzprogramme flächendeckend als niedrigschwellige Angebote ausgebaut werden.

Wir wollen präventive Programme geschlechtsspezifischer Anti-Gewaltarbeit auf allen Ebenen der Jugend-, Bildungs- und Sozialarbeit zur nachhaltigen Beseitigung männlicher, insbesondere sexualisierter Gewalt fördern. Jungen- und Männerarbeit muss auch darauf ausgerichtet sein, partnerschaftliche Erziehungs- und Rollenmodelle einzuüben. Auch und gerade hier zeigt sich, wie notwendig neue männliche Leitbilder für eine geschlechtergerechte Gesellschaft sind.

Wir fordern neben einer konsequenten Strafverfolgung auch therapeutische Maßnahmen und Beratungsangebote für Täter.

Beratungs- und Therapieangebote für Täter auszubauen und zu fördern, die sich am jeweiligen Grad der Gewaltbereitschaft und -ausübung orientieren, halten wir für künftig unabdingbar.

Eine menschenrechtlich orientierte Politik machen wir auch im Fall von Frauenhandel zum Maßstab bündnisgrüner Politik. Gehandelte Frauen haben ein Recht auf professionelle Beratungs-, Therapie- und Traumabehandlungen sowie Zufluchtsmöglichkeiten.

Die professionellen Assistenzen von Fachberatungsstellen wollen wir fördern. Gehandelte Frauen und ihre Kinder müssen Zugang zu juristischer Beratung und Begleitung, zu Bildung und Ausbildung, zum Arbeitsmarkt und zur gesundheitlichen Versorgung haben. Gerade gehandelte Frauen als Opfer von Menschenrechtsverletzungen wollen wir vor jeder weiteren Diskriminierung bewahren, wie vor Abschiebehaft, unfreiwilliger Rückkehr oder Abschiebung. Der Schutz gehandelter Frauen und ihre Sicherheit stehen für unsere Politik an erster Stelle. Wie allen MigrantInnen müssen ihnen sämtliche Integrationsangebote offen stehen. Gewalt im öffentlichen Bereich betrifft auch Männer. In der öffentlichen Wahrnehmung treten Männer meist nur als Täter in Erscheinung. Dass sie in vielen Fällen Opfer dieser Gewalt werden, wird weitgehend ignoriert. Geschlechtergerechte Politik richtet den Blick auf Gewalt gegen die Geschlechter. Hier müssen geschlechtsspezifische Zuschreibungen korrigiert werden. Nur dann können wirksame Strategien entwickelt werden, Gewalt präventiv zu begegnen.

#### IV. Abtreibung, Fortpflanzungsmedizin und körperliche Unversehrtheit

Wir wollen das Recht der Mädchen und Frauen auf ein selbstbestimmtes Leben sichern und fördern. Deshalb werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass das Recht der Frauen, sich selbstbestimmt und ohne äußeren Druck für oder gegen eine Schwangerschaft zu entscheiden, gewahrt bleibt. Ein wichtiger Schritt dazu ist, die Rahmenbedingungen für ein Leben mit Kindern zu verbessern. Auch eine strafrechtliche Verfolgung von Schwangerschaftsabbrüchen ist kein geeigneter Weg, Entscheidungen für das Leben mit Kindern zu fördern. Keine Frau entscheidet über eine Abtreibung ohne große Konflikte. Keine Frau soll durch die soziale und materielle Situation oder durch ausgeübten Druck von außen in ihrer freien Entscheidung beeinträchtigt werden. Aus den Fortschritten in der Fortpflanzungsmedizin ergeben sich grundlegende ethische Probleme und Konflikte. Die immer weiter verfeinerten Methoden der Diagnostik und des Zugriffs auf das Ungeborene werden Frauen und Paaren, die Eltern werden wollen, als Zugewinn an Wahlfreiheit und Selbstbestimmungsmöglichkeiten angeboten. Pränatal- und Präimplantationsdiagnostik stellen Frauen vor neue Entscheidungsmöglichkeiten, die weit über die Entscheidung, eine Schwangerschaft auszutragen oder nicht, hinausgehen.

Das Recht, eine Schwangerschaft abzubrechen, droht sich auf diese Weise in eine Pflicht zum Schwangerschaftsabbruch umzuwandeln, wo immer eine mögliche Behinderung diagnostiziert wurde. Moderne Reproduktionstechnologie und die Forschung an embryonalen Stammzellen bedrohen zusätzlich das reproduktive Selbstbestimmungsrecht von Frauen; zunehmend laufen Frauen als Eizellenlieferantinnen oder Spenderinnen von Embryonen Gefahr, zum Spielball medizinischer, wissenschaftlicher oder wirtschaftlicher Interessen zu werden. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN lehnen daher jede Herstellung von Embryonen zu anderen Zwecken als der Herbeiführung einer Schwangerschaft ab. Das reproduktive Selbstbestimmungsrecht der Frau umfasst das Recht, prädikative Gentests während oder vor der Schwangerschaft abzulehnen, und auch das Recht, sich für ein behindertes Kind zu entscheiden. Das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit muss auch hier eingehalten werden.

Selbstbestimmte Entscheidungen von Frauen werden in dem Maße eingeschränkt, wie diese sich auf für sie unüberschaubare diagnostische Verfahren und fortpflanzungsmedizinische Behandlungen einlassen. Frauen, die sich weigern, die ausgefeilten Methoden der Pränataldiagnostik in Anspruch zu nehmen, stoßen schon heute auf wachsendes Unverständnis und einen Rechtfertigungszwang in der Gesellschaft. Eine gesellschaftliche Aufgabe, die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben, wird Frauen unter dem Label des medizinischen Fortschritts als individuelle Verantwortung aufgeladen. Wir Grünen werden auch in Zukunft alle Entwicklungen in vorgeburtlicher Diagnostik daran messen, ob sie mit unserem an der Vielfalt und Individualität des menschlichen Daseins orientierten Menschenbild übereinstimmen.

#### V. Neue Wege in der Geschlechterpolitik

Die Erfahrung hat gezeigt, dass strukturell wirksame und richtige Instrumente der Frauenpolitik, wie die Quotierung, die Verankerung von Frauengremien und Frauenförderprogrammen, nicht ausreichen, den notwendigen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen. Um Gerechtigkeit zwischen Geschlechtern herzustellen, braucht es darüber hinaus neue Strategien und neue Bündnispartner.

Frauen- und Geschlechterpolitik ist ressortübergreifende Politik. Wir werden alle Maßnahmen und politischen Entscheidungen daran messen, ob sie zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und damit zu mehr Demokratie führen. Darum soll Gender Mainstreaming als Methode der Überprüfung von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten Eingang in alles politische Handeln finden. Es ermöglicht die Aktivierung der Entwicklungspotenziale für Gleichberechtigung und gleiche Teilhabe und erweitert die Instrumente der Frauenförderung durch neue Instrumente einer Männer- und Geschlechterpolitik. Das gilt auch für die Verteilung von öffentlichen Geldern. Obwohl es oft den Anschein hat, öffentliche Gelder würden geschlechtsneutral verteilt, legen Untersuchungen dar, dass öffentliche Zuwendungen und Investitionen Frauen und Männern in unterschiedlichem Maße zugute kommen. Wir treten dafür ein, auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik auf ihre Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis hin zu prüfen. Dadurch werden die öffentlichen Haushalte klarer und transparenter. Erst wenn deutlich ist, wohin öffentliche Gelder fließen und wer von ihnen profitiert, kann beurteilt werden, ob eine haushaltspolitische Entscheidung der Gleichstellung von Frauen und Männern dient. Gender Mainstreaming erlaubt es, einen Geschlechtervertrag als neuen Gesellschaftsvertrag durchzubuchstabieren. Deshalb wollen wir die Förderung und Durchsetzung von Gender Mainstreaming in allen Organisationsebenen. Dies ist eine Gemeinschaftsaufgabe für alle Frauen und Männer in der Partei.

#### Schlüsselprojekt: Frauen an die Macht

Frauen stellen mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Frauen wollen die Hälfte der Macht. Männer sind die andere Hälfte der Bevölkerung. Männer übernehmen die Hälfte der Verantwortung. Auch wenn durch die Emanzipation der Frauen in den letzten Jahren viel bewegt und verändert wurde und viele Mädchen und Frauen heute sehr selbstbewusst ihren Platz im Beruf und im öffentlichen Leben erobert haben, werden Wirtschafts- und Arbeitswelt, ebenso wie Politik und Gesellschaft nach wie vor noch sehr stark von den traditionellen Geschlechterverhältnissen bestimmt: den Männern die herrschenden Rollen, den Frauen die dienenden Aufgaben. Mit der Einführung der Frauenquote und der Mindestparität ist unsere Partei einen wichtigen Schritt vorausgegangen. Frauen haben sich bei uns erfolgreich in allen Ebenen etabliert. Durch unser Vorbild sind Quotierungen heute in kaum einer Partei mehr wegzudenken. Wir wollen Frauen aber nicht nur innerhalb unserer eigenen Parteistrukturen nach vorn stellen. Wir treten dafür ein, die Hälfte der Führungspositionen in Politik und in gesellschaftlichen Institutionen, in Hochschulen, Kultur und Wissenschaft, im öffentlichen Dienst und auch in der freien Wirtschaft weiblich zu besetzen.

Die gerechte Teilhabe beider Geschlechter an allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben voranzutreiben, ist Ziel bündnisgrüner Politik. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass im Alltagsleben Bildung, Berufsarbeit und Sorgearbeit gleichermaßen zwischen Frauen und Männern aufgeteilt wird.

Durch Gesetze, Dialog und Überzeugungsarbeit wollen wir in Politik und Gesellschaft die Weichen zur Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit stellen. Wir unterstützen Mentoring-Projekte und Frauennetzwerke, die für Mädchen und Frauen Aufstiegswege eröffnen und erleichtern.

#### VI. Frauenrechte international

Frauenrechte sind Menschenrechte. In vielen Teilen der Welt werden Frauen und Mädchen immer noch zutiefst entwürdigend behandelt: Die Genitalverstümmelung in Teilen Afrikas, der Schleierzwang und die damit verbundene Zurücksetzung in fundamental- islamischen Ländern, die vielerorts übliche Kinder- und Mädchenarbeit, Zwang zur Prostitution, zwangsweise Verheiratung und Verdinglichung von Ehefrauen zum Besitzgegenstand, die Isolierung und Demütigung von Witwen und alleinstehenden Frauen – all dies sind beredte Zeugnisse der vielfachen Demütigungen und Leiden, denen viele Mädchen und Frauen auf der Welt ausgesetzt sind. Geschlechtsspezifische Verfolgungen sind in vielen Ländern selbstverständlicher Brauch. Im Zentrum der Durchsetzung von Menschenrechten muss darum die Stärkung von Frauenrechten stehen, zumal gerade Frauen in vielen Ländern die entscheidenden Trägerinnen der Armutsbekämpfung sind und für eine nachhaltige Entwicklung stehen.

In ihrem Engagement für den Erhalt des Lebens sind es immer wieder Frauen, die für den sparsamen und ökologisch verantwortlichen Umgang mit Wasser, Boden, Lebens- und Nahrungsmitteln stehen. Frauen sind vielerorts die Initiatorinnen für den Aufbau existenzsichernder Kleinökonomien. Oft müssen sie für Wohnen, Hygiene und Bildung ihrer Großfamilien Sorge tragen.

In Kriegen und Flüchtlingslagern, in Hungersnöten und Umweltkatastrophen kämpfen sie für das Überleben ihrer Familien. Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit muss auf die Verwirklichung von Frauenrechten und auf eine aktive Mädchen- und Frauenförderung in allen Bereichen setzen. Ohne die Stärkung von Frauenrechten wird es keinen Frieden geben.

Für eine nachhaltige Entwicklung müssen die ökonomischen, ökologischen und sozialen Kompetenzen von Mädchen und Frauen anerkannt und integriert werden. Die Würde der Frau ist unantastbar. Ihre Rechte, wie das Recht auf Bildung und das Recht auf Arbeit, müssen respektiert werden, sie müssen Zugang zu Einkommen und Ressourcen erhalten und vor geschlechtsspezifischer Verfolgung und Diskriminierung geschützt werden.

Mädchen und Frauen sind in weiten Teilen der Welt die Verliererinnen der Globalisierung geworden, die ihnen härtere Arbeitsbedingungen bei gleichzeitig zusammenbrechenden gesellschaftlichen Strukturen aufbürdet. Andererseits konnte ein fast weltweites Erstarken von Frauennetzwerken beobachtet werden. Die internationale Frauenbewegung hat erreicht, die Situation der „unsichtbaren“ Frauen in den so genannten Entwicklungsländern sichtbar zu machen. Die Weltfrauenkonferenzen und die Sonderbeauftragte für Frauen- und Geschlechterfragen bei den Vereinten Nationen sind Erfolge auf diesem Weg. Wir bündnisgrünen Frauen verstehen uns als Teil der internationalen Frauenbewegung und setzen uns für ihre Stärkung ein. Ihr Stimme zu verleihen und Gehör zu verschaffen und die weltweite Implementierung von Frauenrechten zu fördern, ist unsere Politik.

## VI. Ein soziales und ökologisches Europa

Wir setzen uns in Europa auch ein für rechtliche und soziale Rahmenbedingungen, die es Frauen und Männern ermöglichen, vielfältige Lebensentwürfe zu verwirklichen. Jede Form der Diskriminierung von Frauen ist durch eine koordinierte Gleichstellungspolitik zu beseitigen. Die politische Repräsentation von Frauen muss auf allen Ebenen gestärkt werden, bis eine hälftige Partizipation von Frauen und Männern erreicht ist.

## IX. Menschenrechte

Opfer von Menschenrechtsverletzungen sind auch immer noch in besonders schwerer Weise Frauen. Selbst politische Veränderungen zugunsten der Beseitigung von Diktaturen ändern oft nichts an der Lage von Frauen. Die Beachtung der Menschenrechte von Frauen ist ein sicheres Indiz für die demokratische Qualität von Gesellschaften. Gender Mainstreaming muss auch auf den Katalog, die Definition und Sicherung von Menschenrechten angewendet und diese müssen entsprechend weiterentwickelt werden.